

Angela Merkel

## Rot-grünes Wirrwarr schadet Deutschland

Einige Wochen der neuen rot-grünen Bundesregierung zeigen: Vom Anspruch der „neuen Mitte“ ist nichts mehr übrig geblieben. Statt dessen zeigt sich ein rot-grünes Durcheinander, eine konzeptionslose Politik, die den Anforderungen unserer Zeit überhaupt nicht gerecht wird. Da wird an einer Rentenreform gearbeitet, die die demographische Entwicklung populistisch außer acht läßt. Es wird eine Steuerreform vorgelegt, die ihren Namen nicht verdient, sondern nur in alten Rezepten verhaftet ist, mit denen nichts für die dringend notwendige Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen und des Mittelstandes erreicht wird.

Fortsetzung Seite 2

### HEUTE AKTUELL

- **Europa-Union**  
CDU-Präsidium fordert deutliche Reduzierung des deutschen Finanzbeitrages. Seite 00
- **Wolfgang Schäuble**  
Rot-Grüner Fehlstart bringt Schaden für das Land. Seite 00
- **Öffentlichkeitsarbeit**  
Neue Wandzeitung, Poster und Postkarten. Seite 00
- **Dokumentation**  
Rot-grüne-Steuerpolitik:  
Mehr Steuern – weniger Arbeitsplätze. Grüner Teil



Die neue **Mannschaft**

**CDU**

**Frohe Weihnachten  
und ein glückliches  
und erfolgreiches  
neues Jahr!**

Die nächste  
UiD- Ausgabe  
erscheint am  
14. Januar 1999

## Menschenrechte täglich einfordern

**Zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1998 erklärt CDU-Generalsekretärin Angela Merkel:**

Um den Menschen weltweit ein Leben in Freiheit, Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit und Frieden zu ermöglichen, ist die Achtung der Menschen- und Bürgerrechte von überragender Bedeutung. Der 50. Jahrestag der UN-Menschenrechtserklärung vom 10. Dezember 1948 macht deutlich, wie wichtig es ist, Menschenrechte täglich einzufordern.

Die Union begrüßt die internationalen Bemühungen zur besseren Beachtung der Menschenrechte: die Verhandlungen zur Einrichtung eines Internationalen Strafgerichtshofes in Rom, die Aktivität der UN-Tribunale zur Ahndung von Kriegsverbrechen in Ex-Jugoslawien und Ruanda in Den Haag, die Verbesserung der Stellung der

Menschenrechtsaktivisten und die Einrichtung des ständigen Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte in Straßburg. Auf nationaler Ebene wurden ein Menschenrechtsbeauftragter der Bundesregierung und ein Ausschuß für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages geschaffen. Die CDU unterstützt deren Arbeit und wird sich daran sehr aktiv beteiligen.

Wir werden im nächsten Jahr das offene Gespräch mit vielen Menschenrechtsorganisationen, besonders kirchlichen Gruppen, Jugendverbänden und Nichtregierungsorganisationen, suchen. Schwerpunkte unserer Arbeit werden die Bekämpfung von Folter, Diskriminierung von Frauen und Behinderten, Kinderprostitution und religiöse Verfolgung sein. Schließlich ist die Beachtung der Menschenrechte wesentlicher Bestandteil unserer entwicklungspolitischen Positionen.

### *Fortsetzung von Seite 1*

Eine Erhöhung des Kindergeldes wird mit ungedeckten Schecks beschlossen. In der Innen- und Rechtspolitik wird aus Angst vor möglichen Ausschreitungen von Kurden die Auslieferung des PKK-Führers Öcalan nach Deutschland abgelehnt, was letztlich nichts anderes als die Kapitulation des Rechtsstaates ist. Gleichzeitig wird aber selbstverständlich die doppelte Staatsbürgerschaft gefordert, von der natürlich auch jene gefürchteten Kurden profitieren könnten. Eine solche Politik ist nicht nur zutiefst widersprüchlich, sondern auch unverantwortlich. In der Außenpolitik fordert der grüne Außenminister Joscha Fischer eine Veränderung der NATO-Doktrin des nuklearen Ersteinsatzes. Wer

so handelt, glaubt nach der Überwindung des Ost-West-Konfliktes völlig naiv an das Gute im Menschen, ignoriert neue Risiken z. B. in Rußland oder in fundamentalistischen islamischen Staaten und trägt schließlich dazu bei, Deutschland in der NATO zu isolieren.

Eine solche Politik wirft Deutschland zurück. Wir werden als CDU auf der Klausurtagung des CDU-Bundesvorstandes vom 8. bis 10. Januar 1999 unsere politischen Alternativen erarbeiten. 1999 wird ein großes Wahljahr mit Landtags-, Europa- und zahlreichen Kommunalwahlen. Hessen macht am 7. Februar den Anfang.

**Unser Motto muß deshalb sein:  
Aufbruch '99.**

# Arbeit für alle bleibt unser Ziel

Zu den inzwischen begonnenen Gesprächen über ein Bündnis für Arbeit stellt das Präsidium der Christlich Demokratischen Union Deutschlands fest: Arbeit für alle bleibt das Ziel der Wirtschafts- und Sozialpolitik der CDU. Spitzengespräche der Tarifpartner und der Politik können dazu einen Beitrag leisten. Dabei darf es allerdings nicht zu einem Kartell der großen Interessen kommen. Entscheidend ist, daß alle Beteiligten in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich dem Ziel, mehr Beschäftigung zu erreichen, Vorrang geben.

Die Wirklichkeit der Arbeitswelt ist vielfältig, die Lösung der Probleme deshalb nur durch ein hohes Maß an Flexibilität zu erreichen. Deshalb sollten vor allem die Tarifpartner regionale, branchen- und betriebsspezifische Lösungen erweitern. Entgegen des insbesondere vom SPD-Vorsitzenden Lafontaine ausgeübten Drucks müssen die Tarifpartner der Fortsetzung ihrer zurückhaltenden Lohnpolitik zur Sicherung vorhandener und Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze weiter Vorrang geben.

Die Politik muß durch die Verbesserung der Rahmenbedingungen ihren Beitrag leisten. Dazu gehört in erster Linie eine große Steuerreform, die ihren Namen verdient. Mit Umsichtungen allein ist es nicht getan – erforderlich ist eine umfassende und deutlich spürbare Nettoentlastung für Arbeitnehmer wie für Unternehmer. Dazu gehören Reformen der sozialen Sicherungssysteme, die eine deutliche Senkung der Beitragssätze und damit der Lohnnebenkosten erlauben. Dazu gehört auch ein stärker deregulierter Arbeitsmarkt.

Die CDU-geführte Bundesregierung hat in den zurückliegenden Jahren die entsprechenden Reformen eingeleitet und durchgesetzt. Bei der Bekämpfung der Arbeits-

losigkeit und ihrer Ursachen sind wir dadurch ein gutes Stück vorangekommen: Die Wirtschaft ist wieder auf Wachstumskurs. Das Bruttosozialprodukt steigt dieses Jahr mit fast drei Prozent kräftig. Die Preise sind stabil und die Zinsen niedrig. Die Zahl der Arbeitslosen liegt endlich wieder unter vier Millionen. Heute sind 400.000 Menschen weniger ohne Beschäftigung als noch vor einem Jahr. An dieser Entwicklung werden wir die neue Bundesregierung messen.

Die Ergebnisse des Bündnisses für Arbeit müssen sich vor allem an der zusätzlichen Zahl von Arbeitsplätzen messen lassen. Umverteilungsmodelle, wie sie die Bundesregierung mit ihren Frühverrentungsplänen verfolgt, lösen das Problem genauso wenig wie bei der Steuerreform.

**Wir halten am Ziel Arbeit für alle fest. Beschäftigung für Geringqualifizierte genauso wie für Langzeitarbeitslose. Es geht nicht nur um die, die durch machtvolle Interessenverbände vertreten werden – zumal wir überzeugt sind, daß die großen Probleme unserer Zeit nicht durch Zentralismus, sondern durch Dezentralisierung besser zu lösen sind. Dabei müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden: Kombilohn, Arbeit statt Sozialhilfe, eine sinnvolle Verzahnung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen mit der Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt, Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand.**

Die CDU erwartet von Tarifpartnern und Bundesregierung ein besonderes Augenmerk für die schwierige Situation des Arbeitsmarktes in den neuen Ländern. Nicht schnelle Lohnangleichungen sind gefragt, sondern verlässliche Förderbedingungen und ein schneller Ausbau der Infrastruktur. Sie allein ermöglichen eine Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt. ■

## Porträt von Rudolf Seiters

### Vizepräsident des Deutschen Bundestages

**Der Deutsche Bundestag wählte am 26. Oktober 1998 für die Dauer der Legislaturperiode Bundesminister a. D. Rudolf Seiters, MdB, zum Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages. Als Mitglied der stärksten Oppositionsfraktion ist Seiters 1. Stellvertreter des Bundestagspräsidenten.**

Nach Satzung der CDU Deutschlands gehört Rudolf Seiters, der von 1992 bis 1998 gewähltes Mitglied im CDU-Präsidium war, künftig dem Präsidium wie auch dem Bundesvorstand der CDU kraft Amtes mit Sitz und Stimme an. In seiner Funktion ist er zugleich Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand und erweiterten Fraktionsvorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Rudolf Seiters gehört dem Deutschen Bundestag seit 1969 an. Seit 1971 bekleidete er mit Unterbrechungen insgesamt zwölf Jahre die Ämter des Parlamentarischen Geschäftsführers bzw. des 1. Parlamentarischen Geschäftsführers, 1989 wurde er Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Kanzleramtes, von November 1991 bis zu seinem Rücktritt im Juli 1993 war er Bundesinnenminister,

1994 bis 1998 stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Rudolf Seiters errang bei der Bundestagswahl am 27. 9. 1998 zum neunten Mal hintereinander das Direktmandat im niedersächsischen Wahlkreis Unterems.

Der Bundestagspräsident und die übrigen Mitglieder des Präsidiums vertreten das Parlament nach außen, pflegen die Beziehungen

und den Dialog zu den gesellschaftlichen Gruppen und Verbänden, unterhalten internationale Kontakte, sind zuständig für die Termin- und Arbeitsplanung des Parlaments, leiten seine Sitzungen und regeln seine Geschäfte.



## Neuer Bundesgeschäftsführer

Nach der Sitzung des CDU-Präsidiums am 7. Dezember gab Generalsekretärin Angela Merkel auf einer Pressekonferenz in Bonn bekannt, daß Dr. Willi Hausmann neuer Bundesgeschäftsführer der CDU wird. Das Präsidium habe diesem Vorschlag zugestimmt. Hausmann war u. a. Staatsminister im Familienministerium

# Der deutsche Finanzbeitrag muß deutlich reduziert werden

Das Präsidium der CDU Deutschlands hat sich in seiner Sitzung am 7. Dezember 1998 mit der Festigung und Fortentwicklung der Europäischen Union während der deutschen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 1999 befaßt. Als Ergebnis der Beratungen wurde folgender Beschluß gefaßt:

Das europäische Einigungswerk hat sich als Kern einer stabilen Freiheits- und Friedensordnung bewährt. Gemeinsame europäische Politik im Geist der Partnerschaft und Freundschaft dient auch deutschen Interessen. In diesem Geist hat die CDU von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl immer wieder entscheidende Impulse für ein geeintes Europa entwickelt. Die Schaffung des Binnenmarkts, die Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung, die Stärkung des Europäischen Parlaments und die Einleitung der Osterweiterung tragen die politische Handschrift der Union. Sie bilden das Fundament, das den Integrationsprozeß zukunftssicher und unumkehrbar gemacht hat.

Die Übernahme der Ratspräsidentschaft durch die Bundesrepublik Deutschland zum 1. Januar 1999 fällt in eine Phase bedeutender Entscheidungen und Entwicklungen in Europa. Im Vordergrund stehen eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik, eine faire Neuregelung des Beitragssystems in der EU und eine dem Prinzip der Subsidiarität verpflichtete Konzentration der EU-Strukturförderung.

**Die CDU Deutschlands fordert die Bundesregierung auf, die deutsche Ratspräsidentschaft zur Erreichung folgender Ziele zu nutzen:**

**1.** Die CDU tritt für ein Europa ein, das sich strikt auf die Aufgaben konzentriert, die nur auf europäischer Ebene lösbar sind. Was national, regional oder kommunal geregelt werden kann, muß jeweils auf dieser Ebene auch entschieden werden. Nur ein nach dem Prinzip der Subsidiarität gestaltetes Europa kann ein bürgernahes Europa sein, in dem die nationale und regionale Vielfalt unseres Kontinents erhalten bleibt.

**2.** Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union müssen ihre nationalen Beschäftigungsstrategien auf europäischer Ebene verzahnen und koordinieren, um der gewachsenen internationalen Arbeitsteilung gerecht werden zu können. Neue Beschäftigungsprogramme aus EU-Mitteln lehnt die CDU allerdings ab, weil sie den notwendigen Strukturwandel behindern und lediglich Stroheffekte auslösen. Forderungen von Rot-Grün nach einem EU-Beschäftigungsprogramm sind nicht bezahlbar und gingen unverantwortlich zu Lasten Deutschlands. Angesichts der sehr unterschiedlichen Beschäftigungssituation in den Mitgliedsländern der Europäischen Union können die Nationalstaaten nicht aus ihrer originären beschäftigungspolitischen Verantwortung entlassen werden.

**3.** Die deutsche Ratspräsidentschaft muß sich nachdrücklich dafür einsetzen, daß bei den Entscheidungen über das künftige EU-Beitragssystem das erhebliche Mißverhältnis zwischen Beiträgen und Rückflüssen für die Bundesrepublik Deutschland und andere Nettozahler korrigiert wird. Es muß eine deutliche Redu-

zierung der deutschen Nettozahlerposition erreicht werden. Die europäische Idee würde Schaden nehmen, wenn es nicht gelingt, die bestehende Gerechtigkeitslücke im Beitragssystem zu schließen und eine faire Lastenteilung zu vereinbaren.

**4.** Die Bundesregierung ist aufgefordert, sich für ein transparentes und den Grundsätzen der sparsamen Haushaltsführung verpflichtetes Finanzgebaren der EU einzusetzen. Wir stehen vor einer Nagelprobe für Europa: Schlamperei, Subventionsbetrug und Korruption müssen konsequent unterbunden werden. Die CDU fordert eine stärkere Kontrolle der EU-Kommission und der EU-Verwaltung. Das Europäische Parlament muß in seinen Rechten weiter gestärkt werden.

**5.** Die CDU tritt dafür ein, die Mittel der EU für die Struktur- und Regionalförderung auf die am meisten benachteiligten Gebiete zu konzentrieren, sie dort aber zielgerichtet einzusetzen. Die Europäische Union würde sich selbst überfordern, wenn sie weiterhin mehr als die Hälfte der Unionsbürger in „Fördergebieten“ leben ließe.

Die CDU erwartet, daß die Bundesregierung in Verhandlungen sicherstellt, daß die Konzentration der Fördermittel nicht einseitig zu Lasten einzelner Mitgliedstaaten ausfällt und daß größere Spielräume für die nationale bzw. regionale Strukturförderung geschaffen werden. Darüber hinaus muß erreicht werden, daß ländliche Regionen gegenüber städtischen Ballungszentren nicht benachteiligt werden. Die CDU betrachtet es als unabdingbar, daß die neuen Bundesländer und Berlin auch künftig Ziel-1-Gebiet bleiben und bei der Bemessung der Fördermittelhöhe pro Kopf der Bevölkerung nicht benachteiligt werden.

**6.** Eine durchgreifende Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ist unumgänglich. Für die CDU sind allerdings die bisher vorgelegten agrarpolitischen Vorschläge der Europäischen Kommission nicht akzeptabel, weil sie zu steigenden Belastungen der Steuerzahler bei gleichzeitig sinkenden Einkommen der Landwirte führen würden. Gerade die kleinen und mittleren bäuerlichen Familienbetriebe brauchen eine Perspektive, in der sie auch künftig einen wesentlichen Teil ihres Einkommens über die Märkte erzielen können.

Dies ist auch von entscheidender Bedeutung für die Bewahrung des ländlichen Raumes als Kulturlandschaft. Die CDU spricht sich dafür aus, bei einer Senkung der Interventionspreise den Landwirten einen Ausgleich durch Direktzahlungen zu gewähren.

**7.** Für die CDU bleibt eine Vertiefung der europäischen Integration vor allem auch angesichts der absehbaren Aufnahme neuer Mitglieder auf der Tagesordnung. Zur Stärkung ihrer Handlungsfähigkeit muß die Europäische Union institutionell in Zusammensetzung, Arbeitsweise und Entscheidungsverfahren weiterentwickelt werden. Notwendig sind vor allem eine weitere Demokratisierung der europäischen Institutionen, die Herstellung von mehr Transparenz und Bürgernähe, eine Neuregelung der Stimmengewichtung im Rat sowie eine Begrenzung der Zahl der Kommissionsmitglieder.

**8.** Die CDU tritt dafür ein, neue Mitglieder in die Europäische Union aufzunehmen, sobald diese die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für einen Beitritt erfüllen. Dies dient nicht zuletzt auch der politischen Stabilität und wirtschaftlichen Prosperität in ganz Euro-

## Die PDS zeigt ihr wahres Gesicht

Die Forderungen der PDS nach einer Amnestie für DDR- und SED-Straftäter zeigen einmal mehr, daß die PDS im Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland noch nicht angekommen ist, erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Michael Luther. Gleichzeitig entlarven diese Forderungen aber auch die unveränderten Denkstrukturen. Die rechtsstaatliche Aufarbeitung der SED-Diktatur im geeinten Deutschland ist für die PDS Unrecht, wie der zynische Vorschlag, verurteilten Straftätern Haftentschädigung in Höhe von 600,- DM monatlich zu gewähren und noch laufende Strafverfahren einzustellen, eindrucksvoll nachweist. Da hilft auch das Zurückrudern der Genossen Gysi und Bisky nicht mehr. Die antidemokratische Wirklichkeit der PDS ist für jedermann klar zu sehen.

Um es klar zu sagen: Für mehr als 100 000 politisch Verfolgte, für die Waldheimprozesse, für Stasi-Gefängnis und Todesschüsse an Mauer und Grenzstreifen gibt es Verantwortliche. Gegen diesen Personenkreis

richtet sich die rechtsstaatliche Aufarbeitung und nicht gegen die Bürger der ehemaligen DDR, wie es die PDS mit ihren Anträgen glauben machen will. Die Union wird nicht zulassen, daß die PDS, die sich hier selbst als Interessenvertreter der ehemaligen DDR-Nomenklatura enttarnt, die unbescholtenen Bürger in den neuen Ländern für ihre Zwecke zu instrumentalisieren versucht.

### Täter, aber keine Opfer

Diese DDR-Nomenklatura und die PDS, deren SED-Nachfolge in Worten und Taten sich hier deutlich zeigt, haben viel zu lange die Menschen in den neuen Ländern um ihre Chancen betrogen.

Aber auch die SPD, die die Forderungen der PDS zurückgewiesen hat, sollte sich einmal über Inhalte der PDS Gedanken machen. Mit einer Partei, die nicht auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung steht, können Demokraten keine Regierungen bilden. Das gilt in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern genauso wie in Thüringen und der gesamten Republik.

*Fortsetzung von Seite 6*

pa. Wir fordern die Bundesregierung auf, die deutsche Ratspräsidentschaft zu nutzen, konkrete Vereinbarungen über den Beginn von Beitrittsverhandlungen mit weiteren Beitrittskandidaten herbeizuführen. Die für die Erweiterung notwendigen Reformen der Europäischen Union müssen so zügig vorgebracht werden, daß spätestens ab dem Jahr 2002 die Voraussetzungen für die Aufnahme neuer Mit-

gliedstaaten erfüllt sind. Ohne klare Auskünfte über die zeitlichen Abläufe sind den beitriftswilligen Staaten die erheblichen Anstrengungen zur Angleichung ihrer Strukturen an das Niveau der Europäischen Union nicht zuzumuten. Mit der Vereinbarung von ausreichend bemessenen Übergangsfristen können Anpassungsprozesse wirtschaftlich und sozial abgefedert werden.

## Bürger wollen Klarheit über Benzinpreis-Aufschläge der Koalition

**Der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer MdB, erklärt zu den unterschiedlichen Äußerungen aus den Reihen von SPD und Bündnis-Grünen über die Höhe der Benzinpreis-Aufschläge im Rahmen der geplanten dreistufigen Ökosteuer:**

Bundesminister Müntefering verspricht, Belastungen für den Autofahrer möglichst klein zu halten und will deshalb die Benzinpreiserhöhungen im Rahmen der geplanten Öko-Steuer auf dreimal 6 Pfennig, also insgesamt 18 Pfennig, beschränken. Die Grünen entfernen sich mittlerweile von ihrem Öko-Ziel, die Mineralölsteuer im ersten Jahr um 50 Pfennig und in den Folgejahren um je 30 Pfennig bis zum Endstand 5,- DM pro Liter zu erhöhen. Sie fordern aber eine Mindestanhebung um 10 Pfennig in jeder Stufe der Öko-Steuer.

Der Gesetzentwurf zur ökologischen Steuer- und Abgabenreform gibt dazu keine Auskunft, er beschränkt sich –

wie auch die Koalitionsvereinbarung – bewußt auf Angaben nur zur ersten Stufe. Der Bundesfinanzminister hüllt sich in Schweigen darüber, wie er die Löcher, die die Steuerausfälle bei den 620-Mark-Beschäftigten und die Erhöhung des Kindergeldes in die Kassen von Bund, Ländern und Gemeinden reißen, stopfen will.

Sind die Versprechungen von Minister Müntefering also purer Zweckoptimismus oder gar gezielte Nebelkerzen, um die Autofahrer und das Verkehrsgewerbe ruhig zu halten? Der Bürger verlangt zu Recht Klarheit über die Absichten der Bundesregierung. Das Verkehrsgewerbe braucht dringend Verlässlichkeit und Planungssicherheit, um im äußerst harten Wettbewerb des europäischen Binnenmarktes Chancen zu haben. Dies ist für die Arbeitsplätze des deutschen Verkehrsgewerbes von eminenter Bedeutung. Wir fordern deshalb von der Bundesregierung eine klare Aussage über die Gesamtbelastung durch die geplante Öko-Steuer.

## Ehe und Familie verdienen den besonderen Schutz des Staates

**Zum Hirtenbrief der katholischen Bischöfe erklärt CDU-Generalsekretärin Angela Merkel:**

Die CDU begrüßt die klaren und deutlichen Worte der katholischen Bischöfe zu Ehe und Familie. Ehe und Familie verdienen den besonderen Schutz des Staates. Der auch grundgesetzlich garantierte Vorrang vor anderen Formen des Zusammenlebens muß unbedingt erhalten bleiben.

Vorrang bedeutet dabei nicht, daß Politik und Gesellschaft dem einzelnen vorzuschreiben hat, wie er seine Lebensverhältnisse gestaltet.

Wenn ein nichteheliches Paar eine dauerhafte Beziehung pflegt, die auf Treue und Verantwortung basiert, so verdient dies unseren Respekt. Allerdings bedarf diese Lebensform nicht der besonderen staatlichen Förderung.

Wolfgang Schäuble:

## Rot-grüner Fehlstart bringt Schaden für das Land

„Avanti, Dilettanti!“ – noch nie ist ein flotter Spruch so schnell zum Bumerang geworden und so zielsicher in den eigenen Reihen eingeschlagen, wie das Bonmot des damaligen Oppositionssprechers und jetzigen Vizekanzlers Joseph Fischer. Überhastet und dilettantisch sind die ersten Gehversuche der neuen Regierung nicht nur nach Ansicht der Opposition, aller unparteiischen Fachleute, Wissenschaftler und auch der Bevölkerung, sondern selbst im Eingeständnis von Bundeskanzler Schröder und seiner Mannschaft.

Auch die langen 16 Jahre, die vor und nach der Wahl so gerne zur Rechtfertigung des Wechsels herangezogen wurden, erweisen sich nun als Hypothek der neuen Machthaber. 16 Jahre Zeit, eigene Konzepte zu entwickeln, 16 Jahre lautstarkes Gedröhne, man habe die besseren Alternativen – all dies entpuppt sich jetzt angesichts des chaotischen Nullsummenspiels als monströser Schwindel. Der Kaiser ist tatsächlich nackt.

Rekordverdächtig ist allein die Größe des Scherbenhaufens, den die neue Regierung in kürzester Zeit fabriziert hat. An der sogenannten Steuerreform läßt nun wirklich niemand, der etwas von der Sache versteht, ein gutes Haar, weil sie Umverteilung und neue Belastungen statt der für Investitionen und Arbeitsplätze so dringend notwendigen Entlastung bringt und verheerende Unübersichtlichkeit statt Vereinfachung. Die „Ökosteuer“ ist unwirksam und unsozial, denn sie spart diejenigen aus, die besonders viel Energie verbrauchen und kassiert gnadenlos bei den

Schwächsten, etwa bei den Rentnern und den Familien mit Kindern.

Gegen diese ökonomisch wie fiskalisch ruinöse Finanzpolitik ziehen jetzt sogar die engsten Verbündeten der neuen Regierung die Notbremse: Die Riege der SPD-Ministerpräsidenten und einzelne Gewerkschaften haben ihren heftigen Widerstand angedroht. Auch das Gezerre um die 620-Mark-Verträge geht munter weiter, selbst nachdem Bundeskanzler Schröder im Deutschen Bundestag vollmundig ein „Ergebnis“ präsentiert hat, das den Mißbrauch nicht abstellt, ein Milliardenloch in Bund- und Länderhaushalte reißt und überdies verfassungswidrig ist. Das Wahlversprechen, diese und andere Reformen sowie die Senkung der Rentenbeiträge bereits zum 1. Januar 1999 zu realisieren, wurde mir nichts, dir nichts gebrochen. Der neue Innenminister sagt: „Das Boot ist übervoll“, bohrt aber gleichzeitig mit seinen Plänen zur doppelten Staatsbürgerschaft ein großes Loch hinein. Der neue Außenminister kündigt im Vorbeigehen mal eben die gemeinsame Strategie im Bündnis auf, und der eigentlich zuständige und um Schadensbegrenzung bemühte Verteidigungsminister muß sich von seinem amerikanischen Kollegen vor laufenden Kameras vorhalten lassen, auch in Washington wisse man nicht so genau, auf wessen Wort in Bonn man sich jetzt verlassen könnte. Und die Irritationen, die der Finanzminister nicht nur bei seinen europäischen Kollegen und den Zentralbankchefs, sondern auch an den internationalen Finanzmärkten ausgelöst hat, haben die Stabilität des Euro schon jetzt nachweis-

## Ein Erfolg der CDU-Politik

**Zu den bekannt gewordenen Arbeitsmarktzahlen für November 1998 erklärt CDU-Generalsekretärin Angela Merkel:**

Die Arbeitsmarktzahlen des Monats November zeigen deutlich: Trotz einer saisonbedingten leichten Verschlechterung liegt die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland im dritten Monat in Folge deutlich unter vier Millionen. Diese positive Entwicklung ist ein Erfolg der Politik der bisherigen CDU-geführten Bundesregierung.

Die Zahlen zeigen aber auch, daß die Auftriebskräfte am Arbeitsmarkt sehr labil sind. Insbesondere die schwierige Situation des Arbeitsmarktes in den neuen Ländern erfordert weiterhin besonderes Augenmerk. Die Regierung hat es in der Hand durch konsequente Politik, bestehende Arbeitsplätze zu sichern und für neue Arbeitsplätze eine Chance zu eröffnen. Die Rücknahme von Reformen, Steuerwirrwarr und ein Zickzackkurs im Arbeitsrecht gefährden jedoch den positiven Trend am Arbeitsmarkt und führen am Ziel vorbei.

## Polizisten sind keine Schnellrichter

**Zu dem Vorschlag von Innenminister Schily, der Polizei richterliche Funktionen zu übertragen, erklärte der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Geis:**

Die Idee, der Polizei ein strafrechtliches Sanktionsrecht bei den Massendelikten wie Ladendiebstahl und Schwarzfahren zu übertragen, ist nicht neu und taucht in regelmäßigen Abständen immer wieder auf. Solchen Plänen hat sich die Unionsfraktion immer widersetzt. Das gilt auch für die

neuesten Planspiele des Innenministers. Ob sich jemand einer Straftat schuldig gemacht hat, darüber hat nach unserer verfassungsrechtlichen Ordnung nur ein unabhängiger Richter und nicht ein weisungsgebundener Polizeibeamter zu urteilen.

Die Polizei ist im Rahmen der Strafverfolgung Ermittlungshelfer der Staatsanwaltschaft. Das muß so bleiben. Wer ihr richterliche Funktionen zuteilen will, verwischt das demokratische Prinzip der Gewaltenteilung. Die Polizeibeamten sind keine Schnellrichter.

*Fortsetzung von Seite 9*

lich so stark beschädigt, daß ausländische Investoren bereits ihre für Deutschland und Europa so wichtigen Vorhaben erst einmal auf Eis gelegt haben.

Ein derart desaströser Fehlstart der neuen Regierung ist noch nicht einmal für die Opposition ein Vergnügen. Für Schaden-

freude ist kein Raum und für eine Schonfrist keine Zeit, weil es unser Land ist, das Schaden nimmt. Denn für das Chaos sind nicht Anlaufschwierigkeiten oder „Kommunikationsstörungen“ verantwortlich, sondern allein eine von Grund auf falsche und verhängnisvolle Politik.

# Ohne die „Ehrenamtlichen“ wäre unser Land um vieles ärmer

Zum Tag des Ehrenamtes am 5. Dezember 1998 erklärt CDU-Generalsekretärin Angela Merkel: **Bürgersinn und persönliches Engagement für die Gemeinschaft sind unverzichtbare Elemente unseres Staatswesens. In unserer modernen Industrie- und Informationsgesellschaft trägt der solidarische Einsatz von Ehrenamtlichen in Verbänden, Vereinen, Initiativen und Selbsthilfegruppen ganz wesentlich dazu bei, daß unsere Gesellschaft ein menschliches Gesicht bewahrt.**

Wir erleben, daß viele Menschen – und vor allem die jungen – heute eher bereit sind, sich in befristeten Projekten zu engagieren, während in den traditionellen Bereichen, wie z. B. bei der freien Wohlfahrtspflege, bei Sportvereinen, Kirchen und Gewerkschaften über Nachwuchsmangel im Ehrenamt geklagt wird. Wir müssen uns daher auf den Wandel in der Ausprägung des Ehrenamtes einstellen und alles tun, um die Bereitschaft zu mehr Engagement außerhalb des beruflichen Lebens zu fördern und zu stärken.

Die CDU wird sich auch weiterhin in besonderer Weise um die Anliegen der Ehrenamtlichen kümmern und ihre Arbeit fördern:

- Wir wollen dazu beitragen, daß das Ehrenamt mehr in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt wird.
- Wir wollen Menschen ermutigen, ihre Kenntnisse und Erfahrungen in eine ehrenamtliche Tätigkeit einzubringen.
- Wir setzen uns dafür ein, daß bürokratische Hemmnisse abgebaut und die Rah-

menbedingungen für ehrenamtlich Tätige verbessert werden.

Unser Ziel ist eine neue Bewertung des Ehrenamtes, vor allem in den Schulen und in der Arbeitswelt.



Zum Internationalen Tag des Ehrenamtes erklärt die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Bärbel Sothmann:**

Frauen sind und bleiben die Stütze des sozialen Ehrenamtes. Das beweisen auch die Ergebnisse der jetzt veröffentlichten Untersuchung von kirchlichen und sozialen Organisationen, die rund 7.000 Ehrenamtsnachweise aus dem Jahr 1997 ausgewertet haben. 95 Prozent dieser Nachweise stammen von Frauen. Insgesamt, so schätzt man, stellen Frauen rund drei Viertel der Ehrenamtlichen im sozialen Bereich. Sie leisten damit einen großen Beitrag zum Funktionieren unserer Gesellschaft, denn gerade das soziale Ehrenamt ist eine wichtige Stütze unseres Sozialstaats.

Frauen arbeiten zum Teil bis zu 20 Stunden pro Woche unentgeltlich in Besucherdiensten von Krankenhäusern, in der Pflege, Betreuung und Unterstützung behinderter Menschen, in der Telefonseelsorge, in der Beratung, in der Hospizbewegung, in den Seniorenbüros und in Frauenverbänden. Sie beweisen täglich aufs neue Verantwortungsbewußtsein und gelebte Solidarität und verdienen große Anerkennung und Respekt. Ihr Einsatz ist unverzichtbar für uns alle, denn der Staat kann die gegenseitige Fürsorge und Unterstützung von Mensch zu Mensch nicht ersetzen.

## Wahlkampf Hessen

# Kongreß der Senioren-Union 20. Januar 1999

Die Senioren-Union unterstützt aktiv den hessischen Wahlkampf und den Spitzenkandidaten Roland Koch. Am Mittwoch, den 20. Januar 1999 findet von 10.30 Uhr bis 15.30 Uhr im Palmengarten, Palmengartenstraße, 60325 Frankfurt ein Kongreß mit prominenten Referenten statt. Eröffnet wird die Tagung mit einem Grußwort der Oberbürgermeisterin von Frankfurt, Petra Roth. Im Mittelpunkt der Veranstaltung steht die Rede von Roland Koch, dem hessischen Spitzenkandidaten für die Landtagswahl. Der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende, Dr. Norbert Blüm, MdB, wird zu einer Vision einer modernen Bür-

gergesellschaft sprechen. Der Frankfurter Kongreß, der gemeinsam von der Bundesvereinigung und der hessischen Senioren-Union durchgeführt wird, hat zum Ziel, Perspektiven einer neuen Sozial- und Bürgerkultur aufzuzeigen. Nur durch mehr bürgerschaftliches Engagement bleiben Alt und Jung zusammen und können soziale Probleme gemeistert werden.

Informationen über den Kongreß erhalten Sie unter der Telefonnummer: 0228/544-360/361. Die Anmeldungen sind zu richten an: Manfred Dittmann, Landesgeschäftsführer der Senioren-Union Hessen, CDU Landesverband, Frankfurter Straße 6, 65189 Wiesbaden,

## „Alt und Jung gestalten gemeinsam die Zukunft“

*Liebe Freunde der Senioren-Union,*  
das Motto unserer Heidelberger Bundesdelegiertentagung: Mitarbeiten – mitentscheiden – mitverantworten hat nichts von seiner Gültigkeit verloren. Im Gegenteil: Es ist von brennender Aktualität. Die neue rot-grüne Bundesregierung schlägt einen entgegengesetzten Kurs ein. Statt auf eine aktive Bürgergesellschaft zu setzen, plädieren SPD und Grüne für mehr Zentralismus, Bürokratie und staatliche Bevormundung. Dieser Politikentwurf ist ein Gegenprogramm zu unseren Visionen und Idealen: Wir wollen eine neue Kultur des Helfens fördern, Verantwortung und Gemeinsinn wecken, statt Verantwortung einfach auf den Staat abzuschieben. Alt und Jung können gemeinsam Architekten dieser

modernen Gesellschaft sein. Das Fundament für Staat und Gesellschaft ist die Werteordnung unseres Grundgesetzes, die auf christlichen und humanistischen Überzeugungen beruht. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind die Bausteine, die auch in Zukunft die bundesdeutsche Gesellschaft tragen müssen. Wenn diese Werte zueinander in einem Ungleichgewicht stehen oder ein Wert ausgeklammert wird, geraten Staat und Gesellschaft in eine Schiefelage. Niemand wird es in Deutschland bestreiten, nur ein breiter Wertekonsens wird unsere Gesellschaft auch künftig zusammenhalten.

Ihr

**Dr. Bernhard Worms, Bundesvorsitzender der Senioren-Union**

# Hessens CDU zieht „auf in den Kampf“

Mit rhythmischem Klatschen zu Bizets Torero-Marsch feierten rund 350 Delegierte des Landesparteitages der hessischen CDU ihren Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten-Kandidaten Roland Koch sowie dessen Regierungsteam. Zuvor hatte Koch die Delegierten in Marburg mit einer kämpferischen Rede auf die Landtagswahl am 7. Februar eingestimmt – und alle Mitglieder seines Regierungsteams bei der Behandlung ihres Fachgebietes Zug um Zug auf die Bühne gebeten. Der CDU-Spitzenkandidat rechnete dabei nicht nur mit der rot-grünen Landesregierung unter Ministerpräsident Eichel und Justizminister von Plottnitz ab, sondern setzte vor allen Dingen bundespolitische Akzente.

Der Weg Deutschlands „in eine andere, linke Republik“, müsse gestoppt werden. Schon nach wenigen Wochen Rot-Grün zeige sich, daß „rot-grüne Übermacht und rot-grüner Übermut“ Deutschland nicht gut täten und eines Gegengewichtes bedürften. Koch warf den Bonner Koalitionsparteien „eine Linkswende zur Ex-SED, eine Linkswende in der Wirtschaftspolitik, eine Linkswende in der Innenpolitik und eine Linkswende gegen die NATO vor. Die „Machtbalance“ in Deutschland sei dadurch, daß die Sozialdemokraten in „beispielloser politischer Einseitigkeit“ in den wichtigen Gremien und Führungsämtern das Sagen hätten, empfindlich gestört. Mit der Landtagswahl in Hessen gebe es die Chance, den bürgerlichen Ideen zur Rückkehr an die Macht zu verhelfen.

Den rot-grünen Fehlstart in Bonn brachte Koch mit einem Satz auf den Punkt: „Regieren muß man nicht nur wollen, das muß man auch können.“ Als Beispiel nannte Koch die „ökologische Abzocksteuer“ und das „Schauspiel“ um die 620-Mark-Jobs.

Im landespolitischen Teil seiner Rede kündigte Koch an, Hessen zum Land Nr. 1 in Sachen Bildung machen zu wollen. „Ich persönlich übernehme im Falle unserer Regierungsübernahme die Haftung für die Unterrichtsgarantie, die es bisher in keinem deutschen Bundesland gibt“, erläuterte Koch die Ankündigung, daß die Schülerinnen und Schüler in Hessen einen Rechtsanspruch darauf bekommen sollen, daß die Stunden aus der Stundentafel auch tatsächlich auf dem Stundenplan stehen.

In der Inneren Sicherheit bekannte sich Koch nach vier Jahren von Plottnitz mit der ganzen Serie von Skandalen und Affären zum „härtesten Strafvollzug“ statt zum Geschwätz über Entkriminalisierung. Hessens Staatsanwälte, so der CDU-Spitzenmann, sollten wieder Berufung und Revision gegen ihnen zu milde erscheinende Urteile einlegen, Hessen-Privilegien für Straftäter solle es nicht mehr geben.

In der Wirtschaftspolitik forderte Koch ein Ende des „grünen Dreisprungs“ der Technik- und Innovationsfeindlichkeit: „Erste Stufe: Grundsätzliche Ablehnung der neuen Technik; zweite Stufe: Allgemeines Lamento, daß andere die neue Technik anwenden; dritte Stufe: Unter Heulen und Klappern halbherzige Hinnahme der neuen Technik, weil alle anderen sie inzwischen haben.“ So sei es Hessen bei der Biotechnologie, als Medienstandort und bei der Verkehrserschließung in Nordhessen ergangen. „Das darf uns nicht beim Frankfurter Flughafen genauso gehen.“

Einstimmig verabschiedeten die Delegierten nach engagierter Diskussion das Regierungsprogramm der Partei. Insbesondere auf den Feldern Bildung, Innere Sicherheit sowie bei der Politik für Wirtschaft und Arbeitsplätze verspricht die hessische CDU einen Kurswechsel. Dabei

kommt der Unterrichtsgarantie und der damit verbundenen Bekämpfung des Unterrichtsausfalls von 100 000 Wochenstunden besondere Bedeutung zu. Zum einen will die Hessen-CDU 2 000 neue Lehrerstellen schaffen, zum anderen in einem Personalentwicklungsplan dafür sorgen, daß von den 7 500 bislang nicht unterrichtswirksamen Lehrerstellen rund 2 000 in den „normalen Unterricht“ umgeschichtet werden.

Zugleich setzt die hessische CDU auf die Verbesserung der schulischen Qualität in Hessen. Zentrale Abschlußprüfungen gehören ebenso zum schulpolitischen Profil des Regierungsprogramms, wie klare Lehrpläne und Standards, die die Ziele des Unterrichts bestimmen sollen. Durch die Einführung landesweiter Tests in be-

stimmten Jahrgangsstufen will die hessische CDU innerhalb von zwei Jahren eine Vergleichbarkeit der Schulen des Landes herstellen. Um eine klare Standortbestimmung der Qualität hessischer Schulabschlüsse zu bekommen, will die Union zudem dafür sorgen, daß nationale wie internationale Vergleiche Aufschluß über den Leistungsstand der Schülerinnen und Schüler in Hessen geben. Die hessische CDU bekennt sich in ihrem Regierungsprogramm zur Förderung des Rhein-Main-Flughafens als „Job-Maschine Nr. 1“. Wenn alle Möglichkeiten, innerhalb des Flughafengeländes zu Verbesserungen zu kommen, ausgeschöpft sein sollten, will sich die Hessen-Union für eine Erweiterung der Start- und Landebahn-Kapazitäten außerhalb einsetzen. ■

Für die Landtagswahl gerüstet:

## Koch komplettiert sein „Team“

**Der Ministerpräsidenten-Kandidat der hessischen CDU, Roland Koch, hat sein Regierungsteam komplettiert, mit dem er in die Wahlkampfauseinandersetzung vor der Landtagswahl am 7. Februar kommenden Jahres ziehen und nach einem Wahlerfolg Regierungsverantwortung in Hessen übernehmen will. Eine große Überraschung gelang Koch mit der Berufung der 38jährigen Personal- und Unternehmensberaterin Mechtild Löhr, die als Kultusministerin das hessische Schulwesen sanieren soll.**

Löhr, einst jüngste Prokuristin einer deutschen Großbank und danach Leiterin der Landeszentrale für Umweltaufklärung des Landes Rheinland-Pfalz, war mehrere Jahre Bundesvorsitzende des Bundes katholischer Unternehmer und gehört bereits der

Programmkommission der hessischen CDU an. Mit Hans Reckers, zuletzt Haushaltsdirektor im Bonner Finanzministerium, bekannt aber auch als früherer RCDS-Bundvorsitzender und Finanz-Staatssekretär in Sachsen, gewann Koch einen erfahrenen Haushaltsfachmann für das Finanzressort.

„Die Sicherung der Qualität hessischer Schulen, die Durchsetzung der Unterrichtsgarantie und alle Anstrengungen, um das ramponierte Verhältnis des Landes Hessen zu seinen Lehrerinnen und Lehrern wieder in Ordnung zu bringen“, hat der hessische CDU-Ministerpräsidenten-Kandidat der designierten Kultusministerin Löhr als Hauptaufgaben mit auf den Weg gegeben. Sie verfüge, so Koch, über den sehr seltenen Erfahrungsschatz aus Tätigkeiten in Verwaltung und freier Wirt-

schaft und stehe „für den von vielen Eltern, Lehrern und Schülern geradezu erhofften Neuanfang in der hessischen Schulpolitik“. „Ich bin fest überzeugt davon, daß Frau Löhr die Management-Qualitäten hat, um auf klarer wertgebender politischer Grundlage die notwendigen Veränderungen im hessischen Schulwesen durchzusetzen – und ich bin sicher, daß sie dabei zugleich mit ihrer Art sehr schnell das Vertrauen von Eltern, Lehrern und Schülern gewinnen wird“, zeigte sich Koch überzeugt. An der notwendigen Rückendeckung für Löhr werde er es dabei nicht fehlen lassen, kündigte der zukünftige Ministerpräsident an: „Die Verwirklichung der Unterrichtsgarantie ist kein x-beliebiges Versprechen, sondern das zentrale Projekt einer CDU-geführten Landesregierung, an dessen Umsetzung ich mich zu messen habe und messen lassen werde.“

Löhr will das ehrgeizige Ziel verfolgen, Hessens Schulwesen in Deutschland ganz nach vorne zu bringen. Erste Voraussetzung dafür, einen solch ehrgeizigen Weg einschlagen zu können, sei die Einlösung der von der CDU versprochenen Unterrichtsgarantie, damit die derzeit ausfallenden 100 000 Wochenstunden wieder erteilt werden. Wer Standards wolle und an regelmäßige Leistungsvergleiche denke, müsse vorrangig gleiche Startchancen für alle schaffen und dürfe nicht hinnehmen, daß ein Mittelstufenschüler an der einen Schule nur 23 Stunden, an einer anderen aber vielleicht 28 oder 30 Unterrichtsstunden erhalte. Dies sei die Pflicht des Staates, zu der er sich rechtlich verpflichtet habe und keine unrealistische Forderung der CDU, wie von Skeptikern, vor allem aber von Ministerpräsident Eichel und Kultusminister Holzapfel (SPD) als den Verursachern der Misere behauptet werde, hob sie hervor.

Der 45jährige Reckers verfügt nach den Worten Kochs über langjährige politische

Erfahrung und fundierte Haushaltskenntnisse auf Bundes- und Landesebene. Dieser „hochkompetente Mann“ müsse dafür sorgen, daß wieder Ruhe und Verlässlichkeit in die hessische Finanzpolitik einkehren. Jedes Jahr dieser Wahlperiode habe die rot-grüne Landesregierung bei der Haushaltsaufstellung getrickelt und zu wenig Vorsorge für bekannte Haushaltsrisiken getroffen.

Scharfe Kritik übte Reckers an der Rekordverschuldung der rot-grünen Landesregierung. In jedem Jahr dieser Legislaturperiode habe die Regierung die Verschuldungsgrenze gegenüber dem vom Parlament eingeräumten Verschuldensrahmen überschritten. Mit 44 Milliarden DM sei der Schuldenstand des Landes inzwischen höher als das Volumen eines Jahresetats von 38 Milliarden DM. „Wer – noch dazu bei einem so enormen Wirtschaftspotential wie in Hessen – so schamlos die Verschuldung zu Lasten der künftigen Generation in die Höhe treibt, hat versagt.“ Seit 1990 sei der Schuldenstand des Landes um 60 Prozent angestiegen, die daraus resultierenden Zinsbelastungen um 70 Prozent explodiert.

Zuvor hatte Koch bereits die stellv. Vorsitzenden der CDU-Landesfraktion, Volker Bouffier und Christean Wagner, als Kandidaten für das Innen- und Justizressort benannt. Die Wiesbadener Europaabgeordnete Marlies Mosiek-Urbahn soll Sozialministerin werden. Für das Umweltressort ist erneut Karlheinz Weimar vorgesehen, der schon im Kabinett Wallmann dieses Ministerium geführt hatte, während der Vizepräsident des hessischen Bauernverbandes und CDU-Bundestagsabgeordneten Wilhelm Dietzel das Ressort für Landwirtschaft und Landesentwicklung leiten soll. Franz Josef Jung, seit vielen Jahren parlamentarischer Geschäftsführer der Landtagsfraktion, soll im Range eines Staatsministers als Chef der Staatskanzlei fungieren.

Wieder mit Bernhard Vogel

## Unseren Bürgern Heimat geben

**Die CDU Thüringen wird mit Dr. Bernhard Vogel an der Spitze in den Landtagswahlkampf 1999 ziehen. Bei der Nominierung des Spitzenkandidaten auf dem 10. Landesparteitag der CDU Thüringen, der am 5. Dezember 1998 in Erfurt stattfand, erhielt er 91 Prozent der Stimmen. Ebenso überzeugend wurde Bernhard Vogel erneut zum Landesvorsitzenden der Thüringer Union gewählt.**

Der 10. Landesparteitag ist ein Wahlparteitag, so stand es in der Einladung. Doch der Parteitag war mehr. Er war der Wahlkampfauftakt für die im nächsten Jahr stattfindenden Europa-, Kommunal- und Landtagswahlen. Deshalb war die Erwartung bei den Delegierten und Gästen hoch. Sie wurden nicht enttäuscht.

Gleich zu Beginn wurde der Spitzenkandidat für die Landtagswahl 1999 nominiert. Der einzige Kandidat, Ministerpräsident Bernhard Vogel, erhielt 91 Prozent der Stimmen. Dies sei sein Wunschergebnis, sagte er nach der Nominierung. Mit ebenfalls 91 Prozent der Stimmen wurde Bernhard Vogel zum Landesvorsitzenden der Thüringer Union wiedergewählt. Sein erster Stellvertreter ist erneut Kultusminister Dieter Althaus. Als weitere Stellvertreter wurden die Geraer Landtagsabgeordnete Birgit Diezel und Finanzminister Andreas Trautvetter ebenfalls wiedergewählt.

In seinem Bericht gab sich Bernhard Vogel dann auch bewußt kämpferisch: „Keinen der bisherigen fünf Wahlkämpfe habe ich verloren. Ich möchte auch diese sechste Herausforderung zum Erfolg führen“, sagte er vor den 157 Delegierten und zahlreichen Gästen. „Unser Wahlziel ist klar: Wir wollen die Mehrheit der Mandate. Wir wollen so stark aus den Wahlen

hervorgehen, daß an uns kein Weg vorbeiführt. Ein hoher Anspruch, aber wir können es schaffen.“ Arbeit und Wirtschaft seien zwar das wichtigste Thema, aber die Bürger wollten sich auch zu Hause fühlen, wollten Gerechtigkeit, Zuwendung, Toleranz, Vertrauen, Sinn für das Leben und Heimat. Der sichere Arbeitsplatz sei das eine, der „Stolz auf Thüringen“ das andere.

Bernhard Vogel plädierte für eine neue Form des Wahlkampfes. Die Union dürfe nicht versuchen, von den Schwächen der Konkurrenten zu profitieren, sondern müsse zunächst mit ihren Vorstellungen für sich werben und die Wähler von der Leistungsfähigkeit der CDU, ihrer Volksverbundenheit, Reformfähigkeit und Geschlossenheit überzeugen. „Wir wollen gewählt werden, weil wir besser sind, nicht weil die anderen so schlecht sind“, sagte Bernhard Vogel. Als Gast des Landesparteitages forderte der Ehrenvorsitzende der Hessischen Union, Ministerpräsident a. D. Walter Wallmann: „Die CDU muß nach der verlorenen Bundestagswahl wieder grundsätzlicher über ihr Selbstverständnis nachdenken.“ Die Union müsse sich die Frage stellen, „woher wir kommen und wohin wir gehen“. Sie habe sich zu fragen, welche Werte das politische Selbstverständnis der Union begründeten und was das „C“ im Namen der CDU in einer Welt bedeute, in der kirchliche Bindungen an Kraft verlören.

Einmütig verabschiedeten die Delegierten anschließend den kommunalpolitischen Leitantrag des Landesvorstandes „Unseren Bürgern Heimat geben“, der die Grundlage für das Kommunalwahlprogramm der Thüringer Union im Jahr 1999 bilden wird.

# Mehr Schein als Sein

## Zur Halbjahresbilanz von Ministerpräsident Clement

Genau ein halbes Jahr lang ist Clement jetzt Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen. Was als wichtiges Kapitel im „Erneuerungsdrehbuch“ der SPD für das Wahljahr 1998 geplant war, entpuppte sich schnell als eine Episode aus der Serie „Pleiten, Pech und Pannen“. Fast durchgängig sprechen auch die Medien in Nordrhein-Westfalen von einem Fehlstart. Nach dem ersten halben Jahr der Amtszeit von Ministerpräsident Clement wird deutlich: Hinter der Fassade des rastlosen und pragmatischen Machers verstecken sich Flickschusterei, Halbherzigkeiten, teure Profilierungsaktionen und medienwirksame Alibiveranstaltungen.

Ein genauer Blick auf das politische Wirken von Clement in den ersten sechs Monaten seiner Amtszeit fördert jedoch gerade diese Unzulänglichkeiten zutage und macht die niederschmetternde Halbjahresbilanz des Ministerpräsidenten deutlich.

### Clement und die Steuerreform

Von sich reden machen und Schlagzeilen produzieren, steht im Mittelpunkt der Politik von Clement. Koste es was es wolle, Hauptsache es bringt Aufmerksamkeit, ist seine Devise. So sehen auch Clements Vorschläge zur Steuerpolitik aus.

Im Frühjahr hatte Clement einen Spitzensteuersatz von 43 bis 45 Prozent vorge schlagen, jetzt will er einen Spitzensteuersatz unter 40 Prozent und einen Eingangsteuersatz von 15 Prozent. Vorschläge produziert er wie am Fließband, nur in der SPD kann Clement sie nicht durchsetzen. Als es im vergangenen Jahr darum ging, die Steuerzahler wirklich zu entlasten und die Steuern zu senken, hat sich Clement dem Diktat von Lafontaine gebeugt und

durch das Nein der rot-grünen Landesregierung im Bundesrat die große Steuerreform der Union verhindert. Diese hätte für die Steuerzahler eine spürbare Entlastung von 30 Mrd. DM durch die Absenkung des Eingangssteuersatzes auf 15 Prozent und des Spitzensteuersatzes auf 39 Prozent beim Höchststeuersatz gebracht, genau die Entlastung, die Clement heute fordert.

Fakt ist: Im Bundestagswahlprogramm der SPD konnte sich Clement mit seinen Steuervorschlägen ebensowenig durchsetzen

### Von Generalsekretär Herbert Reul, NRW-CDU

wie später beim rot-grünen Koalitionsvertrag in Bonn, an dem er auf dem Sonderparteitag der SPD in Bonn kein gutes Haar ließ, ihm aber trotzdem zustimmte.

Bei seinem neuesten Steuervorstoß lassen selbst Kabinettskollegen und große Teile des eigenen SPD-Landesverbandes Clement im Regen stehen. NRW-Finanzminister Schleußer hat sich von Clement abgewendet und auf die Seite von Schröder und Lafontaine geschlagen. Schleußer: „Ich habe keinen Anlaß, diese Beschlüsse im nachhinein zu kritisieren“ (NRZ 24. 11. 1998). Beim Vorsitzenden des mitgliederstärksten SPD-Bezirksverbandes westliches Westfalen, Poss, stoßen Clements Vorschläge auf Kritik, denn sie seien „weder vom Bund noch von den Ländern“ tragbar (NRZ 24. 11. 1998).

Clements neuester Steuercoup: Gemeinsam mit seinem Wirtschaftsminister Steinbrück heckte er den Plan aus, die Mehrwertsteuer zu erhöhen. Von Lafontaine wurde er dafür im SPD-Bundespräsidium

mit dem Satz abgekanzelt: „Wenn irgend-ein Abgeordneter mal wieder etwas zur Fahrradgepäcksteuer sagt, dann möchte ich wirklich sagen, das ist nicht die Auf-fassung der SPD.“ Schlimmer kann eine Abfuhr nicht sein.

Zum Schwur in der Steuerfrage wird es für Clement bald im Bundesrat kommen. Dann kann er mit einem klaren Nein zur rot-grünen Steuerreform beweisen, daß es ihm ernst ist mit mehr Arbeitsplätzen und einer Entlastung von Unternehmen und Mittelstand.

### Clement und die Öko-Steuer

Beim Thema Öko-Steuer verhält sich Clement wie ein Chamäleon. Monat für Monat wechselt er die Farbe. Einerseits lehnt er einen Alleingang Deutschlands bei der Einführung einer ökologischen Steuerreform ab, andererseits befürwortet er aber die Erhöhung der Mineralölsteuer. Dabei dreht er sich wie das Fähnchen im Winde, so wie es ihm gerade nutzt. So befürwortete er zum Beispiel auf einer Konferenz der IG Metall in Bochum eine Erhöhung der Mineralölsteuer um 10 Pfennig pro Liter, weil das NRW rund 1,7 Milliarden Mark zusätzlich brächte (Rhein. Post 29. 4. 1998). Auch in einem Interview mit der Kölnischen Rundschau vom 16. Oktober 1998 macht Clement keinen Hehl daraus, daß er im Grunde für höhere Energiepreise und eine tiefgreifende ökologische Steuerreform ist. Clement dort wörtlich: „Ich gehöre zu denen, die überzeugt sind, daß eine tiefgreifende ökologische Steuerreform nur im europäischen Rahmen möglich ist. Das heißt nicht, daß man nicht mit der moderaten Mineralölsteuererhöhung und ähnlichem beginnen könnte, um erste Signale setzen zu können.“

Einen Monat später liest sich das wieder ganz anders. Auf der Jahrestagung der Arbeitgeberverbände erklärte Clement, daß eine stärkere Besteuerung der Energie in

Nordrhein-Westfalen bis zu 400.000 Arbeitsplätze gefährde, „wenn nicht gleich-zeitig bei den Nachbarstaaten eine entspre-chende Anpassung erfolge“. Starke Sprüche, aber auf dem SPD-Sonderpartei-tag in Bonn, auf dem der rot-grüne Koaliti-onsvertrag zur Abstimmung stand, hat Cle-ment zugestimmt. Wie so oft klaffen Reden und Handeln bei Clement auseinander.

### Clement und der Transrapid

Auch beim Transrapid verfolgt Clement eine Politik des Hüh- und Hott. Im Okto-ber hieß es von Clement noch: „Richtig ist, daß der Transrapid in einem Ballungs-gebiet wie NRW nicht einsetzbar ist“ (Köln. Rundschau 16.10.1998). Nur drei Woche später erklärt Clement: „Wenn Hamburg-Berlin gestrichen wird, bauen wir die Referenzstrecke“ (Clement im Focus 11. 11. 1998). Nachdem es nicht nur Kritik am Vorpreschen von Clement aus der eigenen SPD-Landtagsfraktion hagelte, sondern sich auch der SPD-Landesvor-sitzende und Bundesverkehrsminister Müntefering verärgert über den Transra-pid-Vorstoß von Clement zeigte (Ruhr-Nachrichten 17. 11. 1998), hat Clement seinen Plan genauso schnell begraben, wie er ihn geboren hat.

### Clement und die Verwaltungsreform

Die notwendige Verwaltungsreform in Nordrhein-Westfalen scheint auch unter Clement zu einer „unendlichen Geschichte“ zu werden. Frei nach dem Hit von Klaus Lage: „Tausendmal geprüft, tausendmal ist nichts passiert.“ Seit über fünf Jahren blockiert die SPD die dringend notwendige Verwaltungsreform in Nordrhein-Westfa-len. Entgegen seiner öffentlichen Beteu-erungen hat Clement immer auf der Bremse gestanden. Als stellvertretender Landesvor-sitzender der SPD stimmte er zum Beispiel den Ergebnissen der noch unter Rau einge-setzten Parteikommission „Moderner Staat“ zu. Danach soll alles beim alten blei-

ben, soll es weiterhin fünf Regierungspräsidenten, zwei Landschaftsverbände und den Kommunalverband Ruhrgebiet geben.

Auch nach Clements Wahl zum Ministerpräsidenten sieht es nicht danach aus, daß sich schnell etwas an der übermäßigen Bürokratie in Nordrhein-Westfalen ändert. Die Regierungserklärung von Clement am 17. Juni 1998 war auch in diesem Punkt eine große Enttäuschung. Sie enthielt keine konkreten Pläne für die Verwaltungsreform. Und auch das in der Zwischenzeit von Innen- und Justizminister Behrens vorgelegte Eckpunkte-Papier gibt keine konkreten Antworten darauf, wie künftig der Verwaltungsaufbau in Nordrhein-Westfalen aussehen soll. Statt konkreter Vorschläge enthält das Eckpunkte-Papier nur längst bekannte Modelle. Eine Grundsatzzentscheidung soll erst Ende 1999 nach einer breiten politischen Diskussion fallen. Statt klarer Entscheidungen spielen Clement und seine rot-grüne Landesregierung wieder nur auf Zeit. Zwischenzeitlich hat auch Müntefering Clement die gelbe Karte für dieses Zeitspiel gezeigt. Der SPD-Landesvorsitzende fordert eine rasche Entscheidung von Clement bis Dezember 1998. (Ruhr-Nachrichten 17. 11. 1998)

### **Clement und das Stadttor**

Clements mediengerecht inszenierte Ankündigung, mit der Staatskanzlei in das neue Düsseldorfer Stadttor umzuziehen, war sein erster großer öffentlicher Auftritt als neuer Ministerpräsident. Was als Coup geplant war, entwickelt sich mehr und mehr zu einem für den Steuerzahler teuren, handfesten Skandal und entpuppt sich als eine gigantische Verschwendung von knappen Steuergeldern zur Befriedigung der Image-Vorstellungen und der Repräsentationsgelüste von Clement.

Fast ein halbes Jahr war unklar, was der Umzug den Steuerzahler kostet. Jetzt liegt die Rechnung auf dem Tisch. Sieben Millionen DM jährlich müssen die Steuerzah-

ler alleine für Miete und Nebenkosten bezahlen. Hinzu kommen einmalig mehr als 46 Millionen Mark für Umbauarbeiten, Umzug, neue Büromöbel und Mieten für leerstehende Gebäude, die durch den Regierungsumzug frei werden. Darin enthalten ist auch eine Einmalzahlung in Höhe von 16 Millionen DM, die die Landesregierung dem Bauherren des Stadttors quasi als Entschädigung zahlt. Da dieser seine Gebäude der Staatskanzlei – einer Behörde – vermietet hat, kann er keine Umsatzsteuerbefreiung für die Baukosten geltend machen. Eigentlich wäre also eine höhere Miete fällig. Durch die einmalige Ausgleichszahlung wird die Kaltmiete aber trickreich heruntersubventioniert, um nach außen publikumswirksam einen niedrigeren Mietpreis präsentieren zu können.

### **Clement und das Innen- und Justizministerium**

Als großer Wurf für staatlichen Modernisierungswillen geplant, hat die von Clement einseitig verfügte Zusammenlegung von Innen- und Justizministerium zu einem grundsätzlichen Verfassungsstreit geführt. Kritik hagelt es von der Polizei, Staatsanwälten, Richtern und aus allen Parteien. Clement hat nach der Klage der CDU vor dem Verfassungsgericht mittlerweile selbst kalte Füße bekommen. Die organisatorische Zusammenlegung von Innen- und Justizministerium ließ er zwischenzeitlich vorläufig stoppen.

Daß die verfassungsrechtlichen Bedenken nicht nur von akademischer Art sind, zeigen die hochaktuellen Vorgänge rund um den sogenannten „Bonner Kessel“. In Bonn hatten im Oktober linksradikale Chaoten am Rande einer NPD-Kundgebung Gewalt gegenüber der Polizei verübt. Auf Intervention der grünen Landespolitiker Vesper, Appel und Grüber sah die Staatsanwaltschaft sehr zur Verärgerung der Polizei von einer Strafverfolgung ab. Politische Rückendeckung in diesem klas-

sischen Spannungsverhältnis zwischen Justiz und Polizei kann jetzt keine Seite von Justiz- und Innenminister Behrens erwarten, weil er durch die Zusammenlegung zur Sprachlosigkeit verdammt ist. Folge dieser von Clement verfügten Zusammenlegung zweier klassischer Ministerien ist Frustration allenthalben, vor allem bei den im Stich gelassenen Polizisten.

### **Clement und die Wirtschaftsförderung**

HDO, Gran-Dorado-Park, Öko-Zentrum Hamm und StollCom-AG sind nur einige Beispiele für die verfehlte Wirtschaftspolitik von Clement. Millionen und Abermillionen Mark Steuergelder hat Clement in diese „Vorzeigeprojekte seiner schönen neuen Welt“ gepumpt. Mit dem Ergebnis, daß eine Pleite die andere jagt und die Steuerzahler dafür geradestehen müssen. 105 Mio. bei HDO (hier ermittelt zwischenzeitlich auch ein von der CDU beantragter Untersuchungsausschuß), 135 Mio. bei Gran-Dorado, 37 Mio. beim Öko-Zentrum Hamm und 25 Mio. bei der StollCom-AG. Die Leidtragenden dieser Steuerverschwendung für zweifelhafte Prestigeobjekte sind neben dem Steuerzahler die kleinen und mittelständischen Unternehmen des Landes sowie die Handwerker und Existenzgründer. Ihnen fehlt das verschleuderte Geld zur Unterstützung der „Job-Maschine“ Mittelstand.

### **Clement und die Bildung**

Landauf, landab fordert Clement eine bessere Ausbildung der Schüler. „Rechnen, Schreiben, Lesen“ sollen sie wieder lernen. „Bei Bildung und Erziehung werden wir noch intensiver auf die gründliche Vermittlung fachlicher Kenntnisse und methodischer Fertigkeiten setzen“, heißt es in Clements Regierungserklärung. Hehre Worte, nur die Wirklichkeit sieht in Nordrhein-Westfalen anders aus: Noten werden weiter abgeschafft, die Zahl der Klassenarbeiten reduziert, Klassen vergrößert, der

Unterrichtsausfall nimmt zu, Referendare erteilen Fachunterricht.

Clements Fachministerin Behler hat in der Schulpolitik allenfalls kosmetische Korrekturen für die Öffentlichkeit vorgenommen. Notwendige Kurskorrekturen, wie die Einführung zentraler Prüfungen, die Rücknahme des sogenannten Drittellasses, wonach die Klassenarbeit wiederholt werden muß, wenn ein Drittel der Arbeiten schlechter als ausreichend ausfällt, ein verbindlicher Fächerkanon und mehr Lehrer werden von der rot-grünen Koalition abgelehnt. So macht sich Clement bildungspolitisch unglaubwürdig.

### **Clement und die Flucht der Freunde**

In den ersten sechs Monaten seiner Amtszeit hat Clement einen deutlichen Verlust an Durchsetzungsfähigkeit und personellem Netzwerk innerhalb der SPD hinnehmen müssen. Bereits vor seiner Wahl zum Ministerpräsidenten konnte Clement nicht verhindern, daß die unter Rau zusammengeführten Ämter des Ministerpräsidenten und des SPD-Landesvorsitzenden getrennt wurden. Mit Müntefering wurde ihm von den Linken in der Partei ein rot-grüner Aufpasser zur Seite gestellt. Der zur Stärkung des wirtschaftsfreundlichen Images der Landesregierung ins Kabinett geholte Wirtschafts- und Verkehrsminister Hombach wechselte nach der Bundestagswahl ins Kanzleramt. Fast gleichzeitig schied mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Matthiesen Clements starke Stütze im Landtag aus seinem Amt aus. Gerade mit Matthiesen hatte Clement in der Vergangenheit stets eng zusammengearbeitet, wenn es galt, sich gegen den grünen Koalitionspartner durchzusetzen. An Matthiesens Stelle wählte die SPD-Fraktion mit Dammeyer einen ausgewiesenen Rot-Grün-Befürworter und Vertreter des linken Parteiflügels. Dammeyer ist Clement in herzlicher Abneigung verbunden. ■

## CDU in Rheinland-Pfalz

# Start zur Mitglieder-Werbeaktion

Die CDU in Rheinland-Pfalz geht nach der verlorenen Bundestagswahl als erster Landesverband mit einer Aktion in die Offensive. Die rheinland-pfälzische CDU erzielte mit einem Ergebnis von 39,1 % nicht nur nach Bayern das beste Ergebnis aller Länder, sie wird auch auf kommunaler Ebene immer wieder bestätigt. Nach dem Regierungswechsel in Bonn ist die CDU in Rheinland-Pfalz die einzige Oppositionspartei. Bündnis 90/Die Grünen haben ihre Rolle im rheinland-pfälzischen Landtag gewechselt. Der Koalitionspartner in Bonn wird auch in Rheinland-Pfalz geschont.

### Mitglieder-Werbeaktion

Über 400 Neumitglieder und damit doppelt so viele Eintritte wie in den Monaten vor der Bundestagswahl kann die CDU in Rheinland-Pfalz seit dem 27. September verzeichnen. Sie hat derzeit rund 60.000 Mitglieder. Grund für die große Zahl der Neueintritte ist vor allem die rot-grüne Politik der neuen Bundesregierung mit all ihren negativen Auswirkungen insbesondere für ein Flächenland wie Rheinland-Pfalz.

Schon nach wenigen Wochen rot-grüner Regierungszeit sind viele zu Recht über die Bonner Chaos-Truppe verärgert. Unmut macht sich breit. Die Union wird jetzt deutliche Alternativen zur rot-grünen Bundesregierung aufzeigen.

Mit einer **Mitglieder-Werbeaktion** setzt die CDU in Rheinland-Pfalz als erster Landesverband der Union ein deutliches Zeichen. In diesen Tagen ging jedem Mitglied der rheinland-pfälzischen CDU ein Schreiben mit zwei Postkarten zu. Die Karten sind zur Weitergabe an Freunde und Bekannte bestimmt, die ermuntert

werden sollen, sich zur CDU und damit für eine bessere Politik zu entscheiden.

Gegenstand der Mitglieder-Werbeaktion ist auch eine Wandzeitung für die CDU-Schaukästen im Land sowie ein Plakat mit den drei Aussagen „**Sprit wird teurer**“, „**Strom wird teurer**“, „**Steuern werden höher**“.



## Rot-Grün in Bonn

**Das tut weh!**

**Zeichen setzen!  
Mitglied werden!**

**Rheinland-Pfalz  
CDU**

Plakat und Wandzeitung sollen jedem vor Augen führen, was uns die neue Bundesregierung schon in wenigen Wochen beschert werden wird. Keiner wird verschont, jeder wird zur Kasse gebeten.

Ein besonders großartiger Erfolg für die CDU in Rheinland-Pfalz sind die Direktwahlen. 14 von 24 dieser Wahlen konnten wir in diesem Jahr für uns entscheiden. Höhepunkte waren die Landratswahlen in Altenkirchen und im Rhein-Hunsrück-Kreis und die Oberbürgermeisterwahlen in Trier und Pirmasens. In der Schuh- und Lederstadt werden wir trotz eines massiven Wahlkampf-Einsatzes von Ministerpräsident Kurt Beck und den SPD-Ministern erstmalig den Oberbürgermeister stellen.

**Die CDU ist und bleibt die kommunale Partei in Rheinland-Pfalz. Wir gehen mit Volldampf in die Kommunalwahl, die im Juni nächsten Jahres stattfindet.**



### Poster „Die neue Mannschaft“

Dieses Poster im Format DIN A2 quer können Sie kostenlos, solange der Vorrat reicht, bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle HA Öffentlichkeitsarbeit unter der Fax-Nr.: (02 28) 5 44-4 82 anfordern.

## Neues Buch zum richtigen Zeitpunkt

Die Europäische Union befindet sich nach Ansicht von CDU-Chef Wolfgang Schäuble kurz vor Einführung des Euros in einer „schwierigen und spannenden Phase“ ihrer Entwicklung. „Zum richtigen Zeitpunkt“ komme deshalb das Buch „Kontinent Europa“, das vom Bonner Professor Ludger Kühnhardt sowie von Hans-Gert Pöttering aus Bad Iburg, dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Christdemokraten im Europäischen Parlament, verfaßt wurde. Bei der Präsentation der Neuerscheinung in der Bonner Universität

dankte Schäuble den beiden Autoren sowie dem Osnabrücker Verlag A. Fromm für deren „wichtigen und gelungenen Beitrag“ zur notwendigen Debatte über Europa. Annette Harms-Hunold, die Herausgeberin der Reihe TEXTE + THESEN, hob die verständliche und sachliche Sprachform hervor, in der Kühnhardt und Pöttering geschrieben hätten. Das Ergebnis nach 380 Seiten Lektüre sei: Eine verordnete „Lebensform für Europäer“ werde es nicht geben, wohl aber eine geordnete und vitale Form europäischen Zusammenlebens.

# Neues von Rot-Grün:

Eine Erfolgs-Zwischenbilanz zum Jahresbeginn.

**Fischer trägt Krawatte.**  
(Toll!)



**Schröder hat einen neuen Schreibtisch.**  
(Birnbaumholz. Edell!)



**Strom wird teurer.**  
(Davon haben wir doch alle was!)



**Strom, Gas, Heizung:  
Alles wird teurer!**



Bei Rot-Grün hilft  
nur noch ein dickes Fell.

**CDU**

**Postkarte „Neues von Rot-Grün“**

Bestell-Nr.: 9522

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 10,- DM

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand\*

**Bestellungen an:**

IS-Versandzentrum

Postfach 14 65

59306 Ennigerloh

**Fax (0 25 24) 91 13 10**

E-Mail: [georg.simon@bertelsmann.de](mailto:georg.simon@bertelsmann.de)

(\*Bei Bestellungen bis zu einem Warenwert von 50 DM wird eine Versandkostenpauschale in Höhe von 5 DM erhoben.)

**Postkarte „Alles wird teurer“**

Bestell-Nr.: 9521

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 10,- DM

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
53014 BONN  
PVSt, DEUTSCHE POST AG  
ENTGELT BEZAHLT.

# FROHE WEIHNACHTEN GLÜCKLICHES 1999 CDU

Das ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle.

# UiD

40/1998

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. Vertrieb: Tel. (02 28) 53 07-1 89. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.